

TOP-THEMA: BLICK VON EXKLUSIV AUBEN Wasserkraft in Tirol: Quo vadis?

In Europas Energiewirtschaft bleibt kein Stein auf dem anderen. Was die Umwälzungen für Tirol bedeuten, erläutert der Energieexperte Fridolin Zanon.

Von Fridolin Zanon

2005 wurde der „Optionenbericht“ vom Land Tirol beschlossen und damit eine Wiederaufnahme des „großen Wasserkraftausbaus“ in Tirol auf den Weg gebracht.

Die Landesregierung will die Energieunabhängigkeit Tirols durch Ausbau der Wasserkraft erhöhen, die Tiroler wollen Versorgungssicherheit und die billigsten Stromtarife, Industrie und Wirtschaft wollen Wachstum, die Gemeinden mehr Geld und die NGOs fachlich begründete Schutzonen von Gewässern. Und die Strom-Unternehmen wollen ihren Gewinn maximieren.



© iStockphoto

Ziele nicht erreicht

Haben wir mit dem Weg, all dies über stärker integrierte europäische Binnenmärkte im Stromsektor unter Beachtung des Ausschreibungsprinzips laut Optionenbericht auch erreicht? Die Antwort muss ein klares „Nein“ sein, und damit wird auch auf diesem Feld das Scheitern sichtbar. Es kann ja nicht der politischen Weisheit letzter Schluss sein, die Unternehmungen arbeiten und investieren zu lassen und die Politik sagt dann Projekte ab, weil es politisch opportun ist, Beispiele gefällig: zuletzt das Kraftwerk Innsbruck-Mitte. Soll das auch bei derzeitigen Großprojekten in Tirol riskiert werden? Immerhin geht es um stattliche zweistellige Millionenbeträge!

Eine Wasser-Strategie

Mit Südtirols Landeshauptmann Luis Durnwalder erörterte ich 2010 ein Projekt „Wasser“ für die ARGE Alp, um die wissenschaftliche Basis für eine gemeinsame Wasser-Politik der Länder des Alpenraumes im europäischen Umfeld aufzubereiten. Das dazu in der ARGE Alp eingerichtete Projekt „Forum für alpine Wasserwirtschaft in Europa“ hatte zum Ziel, regulatorische Fragen der Wasserwirtschaft auf wissenschaftlicher Basis zu beleuchten. Als Erstes legte die Regierungskonferenz der ARGE Alp die Wasserkraft-Wirtschaft als Forschungsgegenstand fest.

Diese Arbeiten überschnitten sich mit der Plattform Wasser der Alpenkonvention, die an „best practice in small hydro power“ arbeitete. Neben einer Enquête zur Frage „Wasserkraft und öffentliche Interessen“ wurde eine ländervergleichende Studie zur „öffentlichen Ressourcenrente bei der Elektrizitätsgewinnung aus Wasserkraft im Alpenraum“ erstellt. Die Untersuchungen der Alpenkonvention wie auch der Ländervergleich hatten für weitere Umsetzungsschritte der Wasser-Rahmen-Richtlinie (WRR) für Wasserkraftprojekte raumdefinierte, politische Bewertungsprozesse ergeben, die alle im „Kriterienkatalog“ vorgesehenen Planungsmaterien bereits vorweg abhandeln sollen.

Die Nutzung von Wasser ist „öffentlicht“, soweit dies die Rechtsqualität von Wasser ist und Nutzen und Schutz daher auf gleicher Stufe stehen. Nur so ist eine generelle Festlegung in Verordnungsform unter gesicherter Akzeptanz durch „Regionalpläne“ möglich. Dass dies professionell moderierte und

organisierte Verfahren sein müssen, wird vorausgesetzt: Anders ist eine Mitwirkung der betroffenen Unternehmungen, der Gemeinden, der Interessenträger bzw. NGOs, etc. und damit eine breite Akzeptanz nicht erzielbar, eine nachträgliche Torpedierung von Projekten, wie die derzeitigen Einsprüche und Rechtsstreite zeigen, aber sicher.

Wählt man diesen Weg in Tirol nicht, wo die vom früheren Landeshauptmann-Stellvertreter Anton Steixner begonnenen Arbeiten am Kriterienkatalog für die Bewertung von Einzugsgebieten noch ausstehen, riskiert man stranded projects im zweistelligen Millionenbereich.

Großkraftwerke für Profit

Die Landespolitik hat die „Energieunabhängigkeit Tirols 2050“ zu ihrem primären Ziel erklärt, zusätzliche Wasserkraft soll einen Beitrag dazu leisten. Tirol ist ein historisches Wasserkraftland: Seit 1888 agieren Private, Kommunen, die Landesgesellschaft Tiwag sowie ÖBB/Verbund/Illwerke als Wasserkrafterzeuger und nutzen Tiroler Wasser in mehr als 950 Wasserkraftwerken. Tirol verfügt über das größte noch nutzbare Wasserkraftpotenzial.

Dabei ist das „Produkt Strom“ kein einheitliches: Die Groß-Gesellschaften agieren am europäischen Strommarkt mit Spezialprodukten für Netzbetriebs-Regel- und -Ausgleichsenergie sehr erfolgreich. Unter „Energie-Unabhängigkeit Tirols“ können aber die Kraftwerkszubauten Kaunertal und Sellrain-Silz nicht fallen, denn in diesen wird jene Stromqualität produziert, die eben nur auf überwiegend europäischen Märkten gewinnmaximierend verwertet werden kann, mit allen Chancen und allen Risiken, und das aufgrund der netztechnischen Ausrichtung vor allem in Deutschland.

Die EU-Liberalisierung 1998/2000 hat diese jahrzehntelang bewährte Energiepolitik des Austausches von Wasserkraft zur Nutzung komparativer Kostenvorteile (Spitzen- gegen Grundlast) in Tirol nicht nur auf den Kopf gestellt, die Energiewende in Deutschland seit 2010 hat die Lage massiv verschlechtert, weil das Beihilfenregime für „Erneuerbare“ den freien EU-Markt absurd führt. Deutschland hat kürzlich sogar den gemeinsamen Netz-Markt mit Österreich aufgekündigt.

Realität überholte Modell

Österreichische und Tiroler Wasserkraftproduzenten gingen aber stets von stabilen Preisverhältnissen über Jahrzehnte aus. Heute hingegen drückt die Energiewende beihilfengesteuert die Produzentenpreise auf nie dagewesene Tiefen. Wasser-, energiewirtschaftliche, elektromaschinelle wie auch netztechnische Ausrichtung sowie Verträge bei Großkraftwerken dieser Kategorie sind aber ganz auf jahrzehntelange Regulierungsverlässlichkeit ausgelegt gewesen. Diese Strategie hat auch über Jahrzehnte in Tirol sehr gut funktioniert und einen um ca. ein Drittel unter dem österreichischen Durchschnitt liegenden Strompreis (nicht vergleichbar mit heute, Preise waren damals amtlich geregelt) in Tirol ermöglicht. Diese „öffentliche Ressourcenrente Wasser“ verblieb den Tirolern.

Kommt die Abkoppelung des einheitlichen Strommarktes mit Deutschland, ist dieses Geschäftsmodell, das jahrzehntelang bestens funktioniert hat, wohl endgültig obsolet geworden, und das unter dem Begriff „EU-Liberalisierung“!

Karten auf den Tisch

Daher sollte die Aussetzung der Kaunertal-Rechtsverfahren zu einer Grundsatzdiskussion in Tirol darüber genutzt werden: Wohin will die Energiepolitik Tirols mit ihrer Wasserkraft künftig? Ist das Ötztal gut beraten, ausschließlich auf Tourismus zu setzen? Gibt es Alternativen, dieses große Wasserpotenzial im Ötztal so zu nutzen, dass Akzeptanz hergestellt, mehr Wasserkraft in Tirol auf Dauer genutzt und damit der Energieunabhängigkeit Tirols entsprochen werden kann? Oder setzt man auch im unsicheren Regulierungs- und Marktumfeld weiterhin Aktivitäten in der „Formel 1 der europäischen Strommärkte in Europa“? Schließlich gäbe es auch Optionen in der „Europaregion Tirol“ (Vinschgau, Optionenbericht 2005).

All diese Fragen gehören nicht vor die Gerichte, Vorschläge in der Sache und zu den Verfahren dazu liegen seit Jahren auf dem Tisch. Die Zeit drängt, denn der Strombedarf wächst und wird wachsen, siehe Elektromobilität. Wir brauchen keine gerichtlichen Streitigkeiten und auch keine Schiedsverfahren à la TTIP, wir brauchen politisches Handeln, das von allen akzeptiert wird, für und in Tirol!

Zur Person

Dr. Fridolin Zanon ist in Lienz geboren, promovierter Jurist, hatte viele Jahre leitende Funktionen in der Tiwag und im Verband „Österreichs Energie“ mit dem Schwerpunkt Wettbewerbs-Regulierungsfragen inne. Er war Herausgeber verschiedener Publikationen und vertrat Österreichs Energie im Zuge der Liberalisierung in der EURELECTRIC in Brüssel. Zanon war auch als Chef der Regulierungsbehörde E-Control im Gespräch.
fridolin.zanon@speed.at